



Parlament schafft Whistleblower-Stelle

MELDESTELLE Der Grosse Rat hat sich für die Schaffung einer Whistleblower-Stelle ausgesprochen. Berner Kantonsangestellte können dort künftig Missstände in Verwaltung oder Justiz melden.

Ein Whistleblower ist jemand, der für die Allgemeinheit wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang

an die Öffentlichkeit bringt. Dies können beispielsweise Missstände in der Verwaltung sein. Der Berner Grosse Rat hat sich gestern dafür ausgesprochen, eine solche Whistleblower-Stelle zu schaffen, bei der Kantonsangestellte Missstände in Verwaltung oder Justiz melden können. Geregelt wird die Whistleblower-Stelle im Finanzkontrollgesetz, das der Grosse Rat gestern in zweiter

Lesung behandelte und das er schliesslich mit 133 Stimmen einstimmig annahm.

Angesiedelt wird die Whistleblower-Stelle bei der von der Verwaltung unabhängigen kantonalen Finanzkontrolle. Jakob Etter (BDP, Treiten), Präsident der vorbereitenden Kommission, geht davon aus, dass sich die Zahl der Meldungen in Grenzen halten wird. Wohl auch deshalb hat

sich die Finanzkontrolle bereit erklärt, diese Aufgabe mit ihrem bestehenden Budget und Stellenetat zu übernehmen. Die Meldungen behandelt die Finanzkontrolle vertraulich.

In Firmen, anderen Kantonen und beim Bund existieren bereits solche Stellen. Sie sollen dazu führen, dass Missstände früh erkannt und intern behoben werden können. *as*

Ja zu einfacheren Verfahren

BAUEN Die Berner Baubewilligungsverfahren sollen einfacher, effizienter und schliesslich günstiger werden. Das Kantonsparlament überwies gestern einen entsprechenden Vorstoss fast einstimmig.

Wer im Kanton Bern baut, braucht Nerven: «Für das Bewilligungsverfahren für den Bau eines Einfamilienhauses sind 100 Formulare nötig», so der Langenthaler EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brütsch. Deshalb forderte er in einer Motion, der Kanton solle die Anzahl der nötigen Formulare verringern und ein elektronisches Bewilligungsverfahren einführen. Vereinfachungen, die im Nachbarkanton Luzern bereits Realität sind. «Damit lassen sich die Verfahren beschleunigen und die Kosten reduzieren.» Damit rannte Steiner-Brütsch bei allen Parteien offene Türen ein. Der Vorstoss habe nur den einen Fehler – er sei nicht von der SVP, erklärte Walter Messerli (Interlaken) im Namen der SVP.

Neuhaus: «Uns fehlt das Geld»

Kein Gehör fand dagegen Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Eine Reduktion der Formulare würde nicht zwingend zu einer Vereinfachung führen. Zwar habe ein elektronisches Baubewilligungsverfahren Vorteile, so Neuhaus. «Wir haben ein entsprechendes Projekt aufgelegt, dieses aber sistiert, als sich die Finanzlage des Kantons verschlechterte.» Und weil sich bei den Finanzen in absehbarer Zeit keine Besserung abzeichnet, will Neuhaus an der Sistierung des nach seinen Angaben zwei Millionen Franken teuren Projekts festhalten. Das Parlament zeigte sich davon unbeeindruckt und überwies den Vorstoss mit 142 Stimmen bei 6 Enthaltungen. *as*

Sparen erzwingt Kooperation

KIRCHE Bis 2017 müssen 27,5 Pfarrstellen eingespart werden. Sie sollen einerseits dort wegfallen, wo die Mitgliederzahl der Kirche sinkt. Andererseits sollen Kirchgemeinden enger kooperieren.

«Schwer verdaubar, aber möglich», so schätzen die drei Berner Landeskirchen den Sparauftrag von Parlament und Regierung ein: Bis 2017 müssen 27,5 der 440 Pfarrstellen abgebaut werden. Während die katholische Kirche ihre Vorstellungen bereits bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchenleitung (JGK) deponiert hat, stehen die Vorschläge der reformierten und der christkatholischen Kirche noch aus. Mitte Woche läuft die Frist dafür ab.

Die JGK hat nun die 246 Kirchgemeinden in einem Schreiben informiert, wie der vom Grossen Rat angeschobene Fahrplan aussieht. Demnach können 6½ Stellen dank Vakanzes gestrichen werden, 10 Stellen verschwinden 2015, je 5,5 Stellen in den Jahren 2016 und 2017. Ab dann zahlt der Kanton noch 70,4 Millionen Franken für die Pfarrerröhne – 5 Millionen weniger als heute.

«Win-win-Situationen»

Für Fridolin Marti, Präsident des Kirchgemeinerverbandes des Kantons Bern, ist klar, dass diese Vorgabe zu akzeptieren ist. Er gehört der kirchlichen Arbeitsgruppe an, welche die Vorschläge zuhanden der Regierung ausarbeitet. Im Vordergrund steht für ihn eine engere Zusammenarbeit der teils sehr kleinen Kirchgemeinden. «Das kann auch zu einer Fusion führen», sagt er. Doch müsse diese «von unten» kommen. Kooperation führe im Idealfall gar zu einer Win-win-Situation, führt Marti aus. Damit liessen sich Teilzeitstellen «aufpolieren»: Dank mehr Stellen-



Ebenso wie die Kirche soll auch der Pfarrer im Dorf bleiben, wünscht sich die Kirchenleitung. Aber wegen des Stellenabbaus bewohnt er künftig in kleinen Gemeinden eher noch das Pfarrhaus und arbeitet auswärts. *Urs Baumann*

«Fusionen von Kirchgemeinden müssen von unten kommen.»

Fridolin Marti, Präsident des Kirchgemeinerverbandes

prozenten und interessanten Verbundaufgaben etwa in kirchlicher Unterweisung oder der Altersfürsorge seien eventuell ländliche Pfarrstellen mit Wohnsitzpflicht wieder leichter zu besetzen. Er geht mit der kürzlich in dieser Zeitung von Synodalratspräsident Andreas Zeller geäußerten Meinung einig, dass in möglichst allen Kirchgemeinden zumindest ein Pfarrer wohnhaft sein sollte. Zellers reformierte Kirche muss als grösste Kirche mit 18,4 Stellen am meisten zum Sparpaket beitragen.

Mitgliederzählung 2015

Ohne Änderung der Verordnung, welche die pfarramtliche Versorgung regelt, lasse sich der Sparauftrag aber nicht umsetzen, erläutert der Kirchenbeauftragte Andreas Stalder. Diese legt bei-

spielsweise fest, dass auch Kleinstkirchgemeinden Anrecht auf eine 60-Prozent-Pfarrstelle haben. Neben so erzielten Einsparungen werden zudem die neuen Mitgliederzahlen der Gemeinden einen Spareffekt ergeben. Sie werden 2015 erhoben. In Städten war der Aderlass in den letzten Jahrzehnten dramatisch. Stalder erwartet, dass wegen des Mitgliederschwunds auch diesmal einige Pfarrstellen abgebaut werden können.

Weil die JGK mehr Zeit für ihre Abklärungen benötige, solle dem Grossen Rat der konkrete Umsetzungsplan erst im September vorgelegt werden, teilte die Regierung gestern mit. Unter anderem geht es um die knifflige Frage, wie bei Entlassungen teure Übergangsrenten vermieden werden können. *Christoph Aebischer*

Nein zu härteren Strafen

JUSTIZ Keine härteren Strafen bei Gewalt gegen Polizisten und Mitarbeitende der Kantonsverwaltung – der Grosse Rat lehnte einen entsprechenden Vorstoss ab.

Das Kantonsparlament lehnte gestern mit 98 zu 47 Stimmen bei 6 Enthaltungen härtere Strafen bei Gewalt und Drohungen gegen Beamte ab. FDP-Grossrat Philipp Müller (Bern) hatte in einer Motion gefordert, dass gegen Gewalttäter zwingend eine unbedingte Freiheitsstrafe von 30 Tagen auszusprechen sei. Weil dafür eine Änderung des Schweizer Strafgesetzbuches nötig wäre, wollte Müller die Regierung damit beauftragen, beim Bund eine entsprechende Standesinitiative einzureichen.

Zwar waren sich die Parlamentarier von links bis rechts einig, dass Gewalt gegen Beamte inakzeptabel sei. Sie folgten jedoch der Argumentation der Regierung, die eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuches für systemwidrig hält. *as*

Kredit für Uni-Gebäude

UMBAU Der SBB-Hauptsitz auf der Grossen Schanze wird in ein Uni-Gebäude umgebaut. Der Grosse Rat hat gestern dafür einen Kredit von 7,4 Millionen Franken genehmigt. Der Kanton hat den Hauptsitz sowie ein weiteres SBB-Gebäude im Länggassquartier für die Nutzung durch die Uni gekauft. 2011 hatte der Grosse Rat einen Kostenrahmen von 54 Millionen Franken für die Gesamtanierung der beiden Häuser festgelegt. *as*

Wer will Kirche und Staat trennen?

WAHLEN 2014 Wir zeigen in loser Folge, wie die Grossratskandidaten wichtige Sachfragen beantworten. Die Parteien sind der Grösse nach geordnet.

Heute sind im Kanton Bern Pfarrer beim Staat angestellt.

Befürworten Sie die vollständige Trennung von Kirche und Staat?

- ja
- eher ja
- eher nein
- nein



Antworten der Regierungskandidaten

- Manfred Bühler
- Christoph Neuhaus
- Barbara Egger-Jenzer
- Philippe Perrenoud
- Andreas Rickenbacher

Beatrice Simon

Hans-Jürg Käser

Bernhard Pulver

Marc Jost

Barbara Mühlheim